

// VORSITZENDE //

GEW Baden-Württemberg • Silcherstr.7 • 70176 Stuttgart

Herrn
Horst Kosmalla
Örtlicher Personalrat beim SSA Offenburg
Freiburger Straße 26
77652 Offenburg

Stuttgart, 28. Juni 2018
Telefon: 0711 2 10 30-10
E-Mail: vorsitzende@gew-bw.de

Anträge der Personalversammlung vom 21.03.2018 beim SSA Offenburg

Lieber Horst,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für die Zusendung der Anträge, die Sie auf der Personalversammlung der Beschäftigten der Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen und der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (GHWRGS) im März beschlossen haben. Mit diesen Anträgen unterstützen Sie die Arbeit der GEW und zeigen uns, dass unsere Positionen und Forderungen auf breite Zustimmung bei den Lehrer/innen stoßen. Darüber freue ich mich. Im Namen der GEW beziehe ich gerne zu Ihren Anträgen Stellung.

Erhöhung der Kita-Kooperationsstunden (Beschluss Nr.1)

Ihre Forderung möchte ich mit Nachdruck unterstützen. Zwar erhält jede Grundschule seit dem Schuljahr 2012/13 eine Stunde pro Woche für die Kooperation mit Kindertageseinrichtungen. Diese Anerkennung und Unterstützung der Kooperationsleistung war längst überfällig, sie ist aber gemessen am Bedarf völlig unzureichend. Die Kooperation zwischen Grundschulen und Kindergärten ist für den Übergang in die Schulzeit sehr wichtig und bedarf einer deutlichen Erhöhung der Kooperationsstunden für die Schulen. Ihre Forderung, einer Schule für jede zu betreuende Schulanfängergruppe eine Kooperationsstunde zu geben, unterstützen wir. Dieses Zeitbudget ist notwendig, damit die Kooperationslehrkräfte ihrer Aufgabe gerecht werden können.

Altersermäßigung auch für in den außerschulischen Bereich abgeordnete Lehrkräfte (Beschluss Nr.2)

Grundsätzlich halten wir die Altersermäßigung für ein gutes Instrument, die Arbeitsbelastung älterer Kolleg/innen zu senken und es ihnen damit zu ermöglichen, länger und gesund im Dienst zu bleiben. Wir kritisieren daher die Kürzung der Altersermäßigung in der letzten Legislaturperiode. Mehr noch – wir sind der Meinung, dass eine Anhebung der Altersermäßigung über den damaligen Stand hinaus gerechtfertigt ist.

Die Absenkung der Arbeitszeit in den letzten Dienstjahren bei vollen Bezügen ist dabei nicht nur ein sinnvolles Mittel für den Schulbereich, sondern sollte auch in der ganzen öffentlichen Verwaltung angewendet werden. Ein erster Schritt, den wir hier einfordern, ist die Berücksichtigung der gesamten Arbeitszeit der Kolleg/innen im außerschulischen Dienst bei der Berechnung der Altersermäßigung und nicht mehr nur die Berücksichtigung des schulischen Beschäftigungsanteils.

Zügige Umsetzung einer Besoldung nach A13 für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte (Beschluss Nr. 3)

Ihre Anträge unterstützt die GEW voll und ganz. Wir fordern seit langer Zeit eine Bezahlung aller wissenschaftlichen Lehrkräfte nach A13/E13. Ihr im Beschluss aufgeführtes Beispiel zeigt, wie ungerecht die aktuellen Unterschiede in der Bezahlung sind.

Im Rahmen der Initiative „Bildung. Weiter Denken!“ haben wir im November letzten Jahres mit Aktionswochen „JA13“ klar Stellung bezogen, die Öffentlichkeit informiert und mit Politiker/innen gesprochen (www.gew-bw.de/JA13). Auch in diesem Jahr werden wir vom 12. bis 23. November wieder im ganzen Land auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam machen.

Das Qualifizierungsprogramm für den horizontalen Laufbahnwechsel für die Hauptschullehrkräfte, die an RS, GMS und SBBZ-Schulen eingesetzt werden, ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt greift es aber deutlich zu kurz. Wir fordern, dass das Weiterqualifizierungsprogramm auf alle Hauptschullehrkräfte ausgedehnt und so gestaltet wird, dass es auch von jeder Kollegin und jedem Kollegen erfolgreich absolviert werden kann. Und natürlich müssen auch die Grundschullehrer/innen die Möglichkeit erhalten nach A13/E13 aufzusteigen. Um die Voraussetzung dafür zu schaffen bedarf es der Angleichung der Studienzeiten an die anderen Lehrämter auf zehn Semester. Nicht zuletzt muss auch den bereits im Schuldienst stehenden Grundschullehrer/innen über die Teilnahme an Qualifizierungsprogrammen ein Aufstieg nach A13/E13 ermöglicht werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine deutliche Absenkung ihrer Deputate ein.

Die Unterrichtsversorgung deutlich verbessern und absichern (Beschluss Nr. 4)

Mit diesem Beschluss sprechen Sie ein Grundproblem in unserem Schulsystem an. Der bestehende Lehrermangel führt an vielen Schulen zu Stundenausfall und einer chronischen Unterversorgung. Hier war die Politik in der Hoffnung darauf, dass der lange prognostizierte Schülerrückgang die Probleme von alleine beheben würde, zu lange untätig. Wir haben schon im Gutachten von Professor Klaus Klemm im Jahr 2012 darauf hingewiesen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen mittel- und langfristige Lehrkräfte fehlen, um einen guten Unterricht zu gewährleisten. 2017 haben wir Professor Klemm erneut rechnen lassen und die Ergebnisse seiner Studie belegen nach wie vor die zukünftige defizitäre Lage. Bis 2030 werden mehrere Tausend Lehrkräfte fehlen, vor allem an unseren Grundschulen. Der beschlossene Ausbau der Ausbildungskapazitäten reicht hier bei weitem noch nicht aus. Notwendig sind gute Qualifizierungsprogramme für Quereinsteiger/innen sowie die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen, um neue Kolleg/innen für den Lehrerberuf zu begeistern. Zudem müssen mehr und planvoll Schulsozialarbeiter/innen, Erzieher/innen, IT-Fachleute und Verwaltungsfachkräfte eingestellt werden, um die Lehrkräfte von den vielen unterrichtsfremden Aufgaben zu entlasten.

Weiterhin Französischunterricht in der Rheinschiene (Beschluss Nr. 5)

Für diesen Antrag bin ich Ihnen sehr dankbar. Gerade in der direkten Nachbarschaft zu Frankreich ist es für die Schüler/innen ein enormer Gewinn, Französisch zu lernen. Sie profitieren davon ein Leben

lang. Darüber hinaus ist der Französischunterricht ein wichtiger Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der Freundschaft unserer beiden Länder und des europäischen Gedankens.

Ethikunterricht ab Klasse 1 (Beschluss Nr.6)

Die GEW setzt sich schon seit langem im Sinne Ihrer Forderung ein. Wir haben uns in mehreren Stellungnahmen und Gesprächen mit der Landesregierung und den Fraktionen dafür eingesetzt, dass das Fach Ethik in allen Schularten und auf allen Klassenstufen als gleichwertiges und gleichberechtigtes Ersatzfach für den Religionsunterricht eingeführt wird. Im Grunde besteht hierzu auch ein politischer Konsens. Es ist allein einmal mehr das Geld, das eine zügige Umsetzung verhindert. Die Einführung wird aber immer dringlicher. Die Anzahl der Schüler/innen, die nicht am klassischen Religionsunterricht teilnehmen, steigt. An manchen Schulstandorten bilden sie die Mehrheit. Die aktuelle Planung der Landesregierung, an den 5 bis 7 der weiterführenden Schulen das Fach einzuführen, begrüßen wir. Nicht akzeptabel ist, dass Grundschulen und berufliche Schulen außen vor bleiben.

Ihre Unterstützung ist mir wichtig. Nur gemeinsam mit Ihnen kann die GEW effizient und effektiv für bessere Arbeitsbedingungen und gute Bildung kämpfen. Ihre Anträge sind mir ein wichtiges Hilfsmittel, geben sie mir in meinen Gesprächen mit der Landesregierung doch immer eine gute Orientierung über Ihre Anliegen und die Probleme an unseren Schulen.

Die GEW bezieht ihre Stärke letztlich aus Ihrer Mitgliederzahl. Bitte sprechen Sie deshalb Ihre Kolleginnen und Kollegen auf eine GEW-Mitgliedschaft an.

Mit kollegialen Grüßen



Doro Moritz